



Franz Fuchs, Nadine Häusler und Dieter Gerl (von links) vom Wohnungsunternehmen erklären der SPD-Fraktion um Vorsitzende Birgit Fruth (Vierte von links), worum es bei dem groß angelegten Sanierungsprojekt am Eisberg im Detail geht. Bild: Dieter Weiß/Vex

Warten auf den Förderantrag

Das Wohnungsunternehmen Amberg plant, seinen Wohnungsbestand am Eisberg grundlegend zu sanieren. Die 421 Wohnungen, die zwischen 50 und 90 Jahre alt sind, sollen nach der zwölfjährigen Umbauphase weitgehend barrierefrei, altengerecht und auch CO₂-neutral sein. Doch jetzt gibt es Probleme.

Amberg. (tk) Im Dezember vergangenen Jahres hatte der Stadtrat die Förderfähigkeit dieser Maßnahme einstimmig beschlossen. Doch nun ist auf der Homepage des Wohnungsunternehmens zu lesen: „Aus Gründen, die sich unserer Kenntnis entziehen, ist jedoch ein pragmatischer Vollzug des Beschlusses durch die Verwaltung der Stadt Amberg und damit einhergehend eine proaktive Unterstützung unserer Projektziele derzeit noch nicht erkennbar.“ Daraufhin hat sich die SPD eingeschaltet.

Auf Nachfrage der Fraktionschefin Birgit Fruth erklärte Dieter Gerl, der geschäftsführende Vorstand des Wohnungsunternehmens, dass der Förderantrag bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von der

VORHABEN AN PLECHSTRASSE SCHON WEITER

Ein weiteres Projekt des Wohnungsunternehmens ist bereits im Gange. Auf dem Grundstück des ehemaligen Supermarktes an der Plechstraße und auf der Fläche des einstigen Garagenhofes hat der Aushub für einen Neubau begonnen. Dort entstehen 15 barrierefreie Wohnungen und eine Tiefgarage. Der Bau zeichne sich durch eine sinnvolle Nach-

verdichtung mit einem maßvollen Flächenverbrauch aus. Der Mietpreis betrage einkommensabhängig zwischen 4,80 Euro und 6 Euro und liege somit deutlich unter dem Mietspiegel. „Das Thema Altersarmut nehmen wir sehr ernst“, sagt Vorstand Dieter Gerl und ergänzt: „Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für ältere Bürger schaffen.“

interpretieren und die Energiewende sozial verträglich gestalten könne. Am Eisberg will die Genossenschaft 421 Bestandswohnungen in 65 Häusern aus den 1920er- bis 1960er-Jahren umfassend auf Vordermann bringen. Den Einstieg markiere der Neubau von 15 barrierefreien Mietwohnungen mit Tiefgarage an der Plechstraße, der noch im Juni beginnt.

Bereits im Frühjahr 2020 soll mit der Generalmodernisierung der ersten Häuser und Wohnungen an der Endemannstraße 1 begonnen werden. Zug um Zug sollen dann die übrigen Häuser im Quartier folgen.

Mieter müssen umziehen

Die betroffenen Bewohner müssen laut Gerl für die Dauer der Bauzeit umziehen: „Wir kümmern uns intensiv darum, dass die Betroffenen für den Zeitraum der Bauarbeiten in eine andere adäquate Wohnung im Quartier ziehen können.“ Die zunächst betroffenen Mieter seien bereits persönlich informiert worden.

Für die Mehrzahl seien bereits Ausweichquartiere gefunden. Im Übrigen habe sich die Genossenschaft verpflichtet, die Kosten für den Umzug zu übernehmen und auf Wunsch die Rückkehr in die modernisierten Wohnungen zu ermöglichen. Genutzt werden soll das KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“.

Stadt gestellt werden müsse. Das sei aber in den vergangenen sechs Monaten nicht geschehen. Das Unternehmen wolle im Frühjahr 2020 mit dem Vorhaben beginnen und die ersten Wohnungen sanieren. Eile sei geboten, wird Gerl zitiert.

Unverständnis bei SPD

Birgit Fruth fixiert „ihr Unverständnis über die Untätigkeit der Bauverwaltung“ in einer Pressemitteilung: „Der Amberger Stadtrat hat ein klares Votum für diese Maßnahme abgegeben. Aber die Verwaltung verzögert eine Maßnahme für mehr Klimaschutz.“ In dieses Lied stimmt Dieter Gerl mit ein: „Wir brauchen eine Kultur der energetischen Stadtsanierung in Amberg. Die aktuelle Klimadebat-

te fokussiert unser Handeln auf Korrekturen und Anpassungen im Gebäudebestand.“ Nur auf Basis umfassender, integrierter Quartiers-Ansätze sei das Erreichen eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050 denkbar. Das Wohnungsunternehmen stehe deswegen vor drei großen Herausforderungen: Der Gebäudebestand soll klimaneutral werden, die Wohnungen sollen auch für ältere Bewohner mit Bewegungseinschränkungen noch nutzbar sein und die Mieten sollen bezahlbar bleiben.

Gemeinsame Vorstellung

Akteure aus Politik und Wirtschaft müssten gemeinsam eine Vorstellung davon entwickeln, wie man Klimaschutz räumlich und städtebaulich